

Zeitpunkt der Sparkassenfusion noch völlig offen

Beeskower haben sich klar positioniert

Beeskow (gar) So ganz einfach wird es mit der Kreisneugliederung nicht. Denn nicht nur die Verwaltungen müssen zusammengelegt werden, auch viele Nachfolgeeinrichtungen und nicht zuletzt die Kreissparkassen müssen fusionieren. Die Beeskower Kreistagsabgeordneten beschlossen eine Fusion des Beeskower Geldinstitutes mit der Fürstenwalder und Eisenhüttenstädter Sparkasse zum 1. Januar 1995, dem nach dem Kreisneugliederungsgesetz letzten Termin.

Dies, so geht auch aus der Beschlußbegründung hervor, wohl vor allem wegen der recht komplizierten Materie. Denn nicht nur neue Kontonummern für den Kunden werden fällig, vielmehr muß man sich um grundlegende Fragen wie den Hauptsitz und die Zusammensetzung des Sparkassenvorstandes einig sein. Und in diesen Fragen laufen jetzt erste Gespräche. Die Beeskower haben jedenfalls erst einmal ihre Auffassung zum zeitlichen Rahmen deutlich fixiert. Das ist in den Nachbarkreisen noch lange nicht so. Beispiel Eisenhüttenstadt: Bis zum Kreisneugliederungsentscheid (es gibt dort noch immer einige Leute die an einen Kreis Eisenhüttenstadt-Guben glauben) zurückgestellt wurde ein Antrag der SPD-

Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, Arbeitsschritte einzuleiten, die eine Fusion der Sparkassen Eisenhüttenstadt, Beeskow und Fürstenwalde zum 1. Januar 1994 gewährleisten. Die SPD der Stadt hatte die schnelle Fusion gefordert, damit verhindert wird, daß ab 5. Dezember eine Gebietskörperschaft mit drei Sparkassen arbeiten muß. Dies würde eine Verunsicherung der Kunden bedeuten.

Beispiel 2: Ebenso wenig wie in Eisenhüttenstadt hat man in Fürstenwalde eine klare Aussage gemacht. Dort wurden sogar Stimmen laut, die Stadtsparkasse Frankfurt/Oder in die Fusion mit einzubeziehen. Grundsätzlich wäre dies nach dem Kreisneugliederungsgesetz möglich, würde die Sache aber noch mehr verkomplizieren. Dann müßten sich nämlich zwei Gebietskörperschaften, der Großkreistag und die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, auf einen Zweckverband einigen. Außerdem hätte man mit der Oderstadt einen weiteren Bewerber für den Hauptsitz. Und ob der wirklich außerhalb des Kreises liegen muß? Ein rechtes Interesse scheinen die Frankfurter an der Sache eh nicht zu haben. Jedenfalls ist die Fusion dort momentan überhaupt kein Thema.